Nr. 8 — Freitag, — 1849. 26. Januar.

Deutsche Gewerbezeitung

Für deutsche Arbeit Recht und Fortschritt

Erscheinen:
Wöchentlich 2 Nummern; mit vielen Holzschnitten und Figurentafeln.
Preis:
5⅓ Thaler oder 9 Gulden 20 Kr. rhein. jährlich.
Bestellungen auf das Blatt sind in allen Buchhandlungen und Postämtern des In- und Auslandes zu machen.

Beiträge:
an F. G. Wieck,
und
Inserate:
(zu 1 Ngr. die dreispaltige Zeile Petit)
sind an die Buchhandlung von Robert Bamberg in Leipzig zu richten.
Angemessene Beiträge für das Blatt werden honorirt.

und

Sächsisches Gewerbeblatt.

Verantwortlicher Redakteur: **Friedrich Georg Wieck.**

† Degenkolb über die Deutsche Gewerbezeitung.

Einige von mir niedergeschriebene Ansichten über Arbeits- und Gewerbsverhältnisse haben in die Spalten dieser Zeitung Aufnahme gefunden, wie ich in den mir erst heute zugekommenen Nummern **101** und **102** (**1848**) ersehe. Sie waren nicht für das große Publikum bestimmt, sondern im Monat Juni der VII. Abtheilung des volkswirthschaftlichen Ausschusses mitgetheilt worden, um als Anknüpfungspunkte seiner Berathungen zu dienen. Für diese enge Bestimmung mochte die Vorlage ausreichen, nicht aber wenn sie der Oeffentlichkeit ohne alle Erläuterung übergeben werden sollte. Die verehrliche Redakzion selbst hat zu einigen Anmerkungen, deren Begründung ich vollständig anerkenne, sich veranlaßt gesehen, und in Folge dessen bitte ich, mir einige Erklärungen zu gestatten.

Eine große Menge von Beschwerden und Aufforderungen um Abhilfe beweisen, daß man da nicht zufrieden ist, wo noch Zunftzwang besteht, und noch weit weniger da, wo vollkommene Gewerbefreiheit eingeführt ist. Den starren Zunftzwang, den ausschließlichen Gewerbeberechtigungen vermag ich das Wort nicht zu reden, aber eben so wenig der unbeschränkten Freigebung der Gewerbe, obschon diese nicht nur Schatten- sondern auch, und mehr noch, ihre Lichtseiten hat. Wäre in Preußen zugleich mit der Gewerbefreiheit die politische verliehen worden, oder vielmehr, wäre die letztere vorhergegangen; wäre ferner Preußen nicht umgeben geblieben von Nachbarstaaten, die die Gewerbebeschränkung bestehen liessen; hätte man zugleich verstanden die Industrie zu fördern und die Arbeit zu vermehren, damit nicht eine Masse Unbeschäftigter zum selbstständigen Betrieb der freigegebenen Gewerbe hingedrängt und diese überführt hätte *), so würde das Resultat vielleicht ein ganz anderes gewesen sein. Ich bin nicht zweifelhaft daß die Zeit kommen wird, wo die Gewerbtreibenden die unbeschränkte Freiheit der Gewerbe selbst fordern werden, jetzt aber ist diese noch nicht da und sie wird auch früher nicht kommen, bis nicht die jetzt vorbereitete Organisazion den Weg dazu angebahnt hat und ein auf deutsche Interessen begründetes Handels- und Industriesystem die Arbeit im richtigen Verhältniß der Bevölkerung und der Arbeitsuchenden vermehrt haben wird. Was jetzt geschehen kann und geschehen muß, um wenigstens dem Handwerker aufzuhelfen, das ist die Ausscheidung der Extreme: von der einen Seite der Zwang und Realberechtigung, und von der andern die gänzliche Ungebundenheit; es ist die Vereinigung in Innungen zur Förderung gewerblicher, materieller und geistiger Gesammtinteressen. *)

Wenn ich ferner von einem förmlichen Neubau gesprochen habe, so verwerfe ich nicht das Alte *weil es alt ist*, sondern weil das *Alte*, meiner Auffassung nach, *sehr schlecht* gewesen sein muß, da es uns in einen so heillosen Zustand führen konnte, wo nicht nur eine politische sondern auch eine soziale Revoluzion zur Nothwendigkeit geworden war. Die Gewerbe mögen sich nun selbst helfen, sie können und wollen nicht mehr von der Bureaukratie ihr Heil erwarten. Wie viel wird da von dem alten in den neuen Organismus mit übergehen können? **)

In dem was ich über die Produkzion gesagt habe bin ich schlimmer misverstanden worden. *Winckelblech*'schen oder *Blanc*'schen Ideen beizustimmen, kann mir nicht in den Sinn kommen. Weder will ich die Produkzion durch Gesetze beschränken, noch die Arbeit in Nazionalwerkstätten verweisen, sondern ich will die Absatzwege für unsere Produkzion und die Gegenstände der Gewerbthätigkeit vermehrt wissen, in welche Kapital und Thätigkeit sich zu theilen haben. Selbst Beschränkung mit Rücksichtnahme auf die gegebenen Verhältnisse fordere ich von den Industriellen; diese sollten ihr Heil und das ihrer Arbeiter weniger in der Quantität als der Veredelung der Fabrikate suchen. Bei beschränktem Markte führt die Massenprodukzion zu unausbleiblichem Verderben.

---

*) Und — hätte man die ordnenden und regelnden Institute der *Gewerbsräthe* und *Gewerbsgerichte*, wie sie nach französischer Gesetzgebung in Rheinpreußen bestehen, überall in Preußen zugleich mit einer *wirklichen Gewerbefreiheit eingeführt*, anstatt den Innungen ihre Rechte zu nehmen, und sie dem Polizeistaat zuzuweisen, wie es geschehen ist. D. R.

*) Man wird finden, daß die Beanspruchung der innungsmäßigen Erlernung, des zu liefernden Befähigungsnachweises und des Verbietungsrechts, ohne die keine Innungen haltbar sind, in allerlei häkelige Verhältnisse führt. D. R.

**) Wir leugnen die soziale Revoluzion. Wir können den Staat wol auf andere Grundlagen der politischen Berechtigung aufbauen, aber wir vermögen nicht die Grundlagen, auf denen die Gesellschaft beruht umzuwerfen (zu revoluzioniren). Gleichheit in sozialer Beziehung ist unmöglich und dieses will gewiß auch Herr D. nicht — Es handelt sich nur um Reform in organischer Entwickelung. Wie viel vom Sozial-Gewerblichen beibehalten wird in jetziger und kommender Zeit, wird — sich finden. Wir können dabei wenig ab- und hinzu thun, und unsere Ansicht ist, daß sehr Vieles, um nicht zu sagen Alles, in Bezug auf Arbeits- und Kapital-Vertheilung, auf Geld und Gut, auf Stand und Rang beim — Alten bleiben wird. D. R.

Meine Bemerkungen über Unterstützungskassen finden zum Theil eine weitere Erläuterung in dem Entwurfe einer Fabrikgewerbeordnung, die ich ebenfalls dem volkswirthschaftlichen Ausschuß übergeben habe. Auch dieser Entwurf ist noch keine abgerundete Arbeit, sondern er sollte als eine Abtheilung der „allgemeinen deutschen Gewerbeordnung" Grundzüge zur Diskussion bringen. Die Unterstützungskassen in den Fabriken sollen, meiner Ansicht nach, von den Arbeitern, die Pensionskassen dagegen von den Arbeitgebern ohne Lohnkürzung gebildet werden. In geschlossenen Fabriken so wie beim Handwerk, sobald dieses in Innungen vereinigt ist, kann die Durchführung nicht zweifelhaft sein, bei den freien Arbeitern dagegen, die stets wechseln, unterliegt die Einführung dieser Kassen jedenfalls großen Schwierigkeiten, deren Lösung der volkswirthschaftliche Ausschuß zu einer seiner Hauptaufgaben machen sollte. Meiner Ansicht nach müssen alle Klassen von Arbeitern in Vereine gebracht werden, und jeder Arbeitgeber ½ bis 1 Ngr. von jedem Thaler Arbeitsverdienst, ohne Lohnkürzung, in die Unterstützungs- und Pensionskassen abliefern. Das bisher bestandene Misverhältniß in der Vertheilung von Arbeit, Lohn und Lebensgenuß mehr auszugleichen, besonders aber auch zu vermitteln, daß jeder Unglückliche, jeder Arbeitsunfähige irgend einen Anhalt finden und ihm das zum Leben Unentbehrliche gewährleistet werden möge, erscheint mir als eines der dringendsten Forderungen unserer Zeit. Die glücklicher Gestellten haben die Verpflichtung diese Ausgleichung möglich zu machen, daher auch meine Anforderung, zu diesem Zwecke Kapital und Luxus zu besteuern, seine Begründung finden dürfte. Daß dieses leichter gesagt als ausgeführt ist, verkenne ich eben so wenig als der Herr Redakteur, wo aber eine Forderung auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit sich stützt, muß Alles versucht werden ihr zu entsprechen.*) Der Nichtbesitzende leistet in der Regel dem Staate mehr als er von demselben empfängt. Da er nun auch in der Zukunft von den Kommunallasten nicht befreit werden kann und zu allen indirekten Steuern, welche mit auf den unentbehrlichen Lebensbedürfnissen ruhen, auch ferner seinen Theil beitragen muß, so ist es nicht zu viel verlangt, wenn er wenigstens von der Mahl- und Salzsteuer und von den direkten Staatssteuern befreit sein soll, da er auf Schutz des Staates viel weniger Anspruch macht als der Kapitalist, der Fabrikant, oder jeder andere Besitzende. Der Luxus wird durch eine Besteuerung kaum abgeschreckt oder vermindert werden, und dem Kapital darf man nur Sicherheit und die Gelegenheit zum Erwerb gewähren, um von dem Bedenken zurückzu kommen, daß es entfliehen werde. Zudem wird bald überall das Kapital auf dieselbe Aufmerksamkeit stoßen und aus der Welt entfliehen kann es nicht. Daß Maaß und Ziel wie bei allen Dingen so auch hierbei gehalten werden muß, versteht sich von selbst, und das Kapital wird auch um so weniger stark belastet werden, jemehr man versteht, die Industrie zu befördern und die Arbeit zu vermehren.

Seitdem ich jenen Aufsatz geschrieben, ist von der Nazionalversammlung die volle Freizügigkeit zum Gesetz erhoben worden und die unnatürlichen Hindernisse, welche die Arbeitskraft an gewisse Oerter festbannte, sind weggeräumt. Ich hoffe eine glückliche Einwirkung auf die Arbeiterverhältnisse von diesen Erleichterungen. Die Freizügigkeit ist in der That eine unbeschränkte, die nur an Arbeitskraft und bei Ausübung gewisser Gewerbe nur an Erfüllung solcher Bedingungen gebunden ist, wie sie auch den Einheimischen treffen.

*) Die sogenannte nazional-ökonomische Pyramide läuft ungemein schnell spitz zu. Die jetzt so oft in den Vordergrund geschobenen progressiven Steuern, Luxusauflagen u. s. w., werden dem Staate sehr wenig einbringen vorausgesetzt, daß sie überhaupt einzutreiben sind. Die Basis der Pyramide, die Masse der rührigen Bevölkerung, liefert den Hauptbeitrag zum Staatshaushalt ohne den gar kein Staatshaushalt möglich ist. — Es handelt sich daher nicht darum die Steuer der Basis der Pyramide zu erlassen, sondern es muß die Aufgabe sein, die Steuerkraft dieser Basis zu vermehren, durch Aufhilfe der drei Faktoren: Ackerbau, Industrie und Handel. — Es handelt sich nicht darum, wolfeile Fabrikate unter aller Bedingung herbeizuschaffen, indem die Leute nur Wohlfeiles zu kaufen vermögen, sondern die Aufgabe ist deren Verzehrfähigkeit zu vermehren. Mit diesen Grundsätzen wird sich gewiß auch Hr. D. einverstanden erklären. — Ihre Durchführung wird kräftiger wirken als Luxus-Steuern, welche den Aufwand der Reichen nur beschränken, den wir befördert wissen wollen. D. R.

Ich komme zur letzten Anmerkung der Redakzion. Dieselbe bemerkt, daß der Spitzenklöppelei aufgeholfen werden könne, wenn man die Einfuhr fremder Spitzen hemmte. Ich fürchte, daß dieses sehr schwer sein wird, da so leichte Artikel, welche in allen Taschen eingeführt werden können, wenn sie hoch besteuert sind, Gegenstände des Schmuggels werden müssen, daß dadurch aber auch nur der innere Bedarf gesichert werden könnte, der Export dagegen dann ganz wegfallen würde, der jetzt nur noch durch den fast auf nichts reduzirten Arbeitverdienst in geringem Maaße erhalten wird. Artikel, die sich überlebt oder in den Maschinen Konkurrenz erhalten haben, sind für die Dauer nicht zu halten und es ist die grausamste Humanität Diejenigen, welche sich damit beschäftigen, durch Unterstützungen daran fesseln zu wollen. Nur durch fortwährendes Ueberbieten an Wohlfeilheit, also fortwährendes Abziehen am Arbeitslohn, wird solchen Artikeln der Absatz gefristet, wobei Arbeitgeber wie Arbeitnehmer nothwendig zu Grunde gehen müssen. Ich glaube nicht, daß 100,000 Hände zu dieser unglücklichen Arbeit verurtheilt sind, denn ich habe nicht von Näherinnen, wo durch vernünftigen Zollschutz eher geholfen werden kann, gesprochen, sondern nur von der Klöppelei — wäre es aber, so würde nur um so dringender die Abhülfe noth thun. Der Zollschutz kann meiner Ansicht nach der Klöppelei nicht aufhelfen, aber er kann andere Artikel an deren Stelle bringen, und die Unglücklichen von ihrer undankbaren Arbeit erlösen. Mit wenigen Ausnahmen stehn wir noch auf dem Tarif von 1818, während unsere Industrie schon seit vielen Jahren an einer Stelle angekommen ist, wo sie nicht mehr vorwärts kann, folglich — da ein Stillstand nicht existirt, — zurückgehen muß. Seit 1834 hat die Bevölkerung sich um den vierten Theil vermehrt, die Einfuhr von Garnen und Rohstoffen hat sich verdoppelt, die Ausfuhr hat eher abgenommen. Das schreiende Misverhältniß des Lohnes zur Arbeit erklärt sich ausreichend aus der Vermehrung der Arbeiter ohne gleichzeitige Vermehrung der Arbeit, wie es dem Verhältniß nach hätte geschehen müssen. Die Zeit wird endlich wol gekommen sein, wo wir nicht vergebens eine unabhängige Industrie und eine Vermehrung der Gegenstände unserer Thätigkeit fordern werden, und wo nicht mehr das Material, sondern der Werth der Arbeit angemessenen Schutz finden wird. Mit den Spinnereien werden sich zugleich die mechanischen Webereien vermehren und die Klöpplerinnen in beiden den Ersatz finden. Die Seidenindustrie, Eisenindustrie 2c. können noch viele Bewohner des Gebirges aufnehmen, und geeignet sein, dem Elende ein Ende machen zu helfen.

Ich lege meinen Entwurf einer Fabrikgewerbeordnung hier bei und stelle der geehrten Redakzion die ganze oder theilweise Aufnahme anheim.*)

Frankfurt a. M., den 5. Januar 1849.

Degenkolb.

* * *

Zur letzten Bemerkung unseres geehrten Korrespondenten. Bekanntlich stehen wir mit Herrn Degenkolb auf gleichem Standpunkte des „Schutzes vaterländischer Arbeit" — und daher wollen wir auch unsere erzgebirgische Arbeiterbevölkerung, die sich mit Klöppeln, Nähen und Sticken nährt, und nach Schätzungen von Sachverständigen eine Größe von 100,000 Menschen haben soll, geschützt wissen gegen die englischen, französischen und belgischen Maschinenspitzen, welche, nach dem Tarifsatz baumwollene Waare, deklarirt 50 Thlr. per 100 Pfund oder etwa 3—5 Prozent ad valorem bezahlen. Es sind dies genähte Spitzen und in Streifen aufgemacht. Diese bis zu mehren Millionen Thalern an Werth in Deutschland eingeführt, beschränken unseren Arbeiterinnen den inneren Markt aufs furchtbarste. Dem könnte Abhilfe geschehen, falls wir auf die Maschinenspitzenweberei verzichten wollten, durch Besteuerung der genäheten Spitzen in Streifen mit 25 Prozent ad valorem, denn dann würde man von England, Belgien oder Frankreich die rohe Spitzenwaaren (in the brown) einführen und sie im Erzgebirge nähen lassen. Unter diesen Umständen könnten viele Klöppelsäcke bei

*) Wir werden dieselbe in einer der nächsten Nummern folgen lassen. D. R.

Seite gestellt werden. Die Nadel würde sie ersetzen, denn jede Klöpplerin weiß mit dieser umzugehen. Geschlossene Etablissements, wie Herr Degenkolb vorschlägt (Seidenmanufaktur, Maschinenspinnerei, mechanische Weberei, Eisenindustrie) passen zum Theil nicht für unser Obererzgebirge, zum Theil nicht für unsere weiblichen Hände, zum Theil gehören dazu Anlagefonds, die sich nicht so schnell herbeiziehen lassen, wenn wir auch nicht in Abrede stellen wollen, daß nach und nach viele Hände in jene und ähnliche Fabriken übergehen können. Wesentlich aber, der Eigenthümlichkeit unserer erzgebirgischen Bevölkerungszustände gemäß, bedarf es hausindustrieller Zweige — und diese sind nie rasch neu auf einen alten Stamm zu pfropfen. Auch ist die Klöppel (und Nadel) kein absterbendes Werkzeug. Ihre Artikel haben sich nicht überlebt. Klöppel-Spitzen wird und muß es geben, so lange es Frauen gibt, die den Putz lieben. Der Klöppel werden stets Spitzen und Borden vorbehalten bleiben, die keine Maschine und keine Nadel nachahmen kann. Das weiß Jeder, der die Sache versteht. So lange aber auch mit Klöppel und Nadel gearbeitet worden ist, haben die Arbeiterinnen durchschnittlich nie sehr hohen Lohn gezogen. Das kann nicht anders sein. Sie wollen nur zu arbeiten haben, und dieser Wunsch ist so gerecht, wie leicht zu erfüllen, dadurch daß man die fremden Maschinenspitzen höher besteuert. Fremde Klöppelspitzen werden nicht eingeführt. Wenn wir uns vor der Schmuggelei fürchten, so müssen wir gar keine Zölle auflegen. Englische Maschinenspitzen, die so wohlfeil sind, können nicht leichter geschmuggelt werden, wie seidene Waaren. Wenn wir aber die deutsche Spitzenmanufaktur wirklich emporbringen wollen, so müssen wir auf alle spitzenartige Stoffe, sie mögen roh oder gebleicht, in breiten Stücken oder Streifen aufgemacht sein, einen Zoll ad valorem von 30 Prozent legen, dann werden bald wieder Spitzenmaschinen in Sachsen entstehen, die man früher, sammt ihren Unternehmern, hat zu Boden schlagen lassen durch die offene englische Konkurrenz. D. R.

---

† Referat über Zölle, Handelsverträge und Handelskonsulate.

Von Herrmann Scharf.

III.

Differenzialzölle.

(Schluß des III. Artikels.)

Deutschland, das so vielfach mit Kuba in Verbindung steht, muß seinen Handel dahin fast ausschließlich mit spanischen Schiffen treiben, denn die Zollermäßigung, welche Waaren, in spanischen Schiffen verladen, in Kuba genießen, ist so bedeutend, daß der Export dahin diesen allein, und zwar zu sehr hohen Frachten zufällt, während ein großer Theil deutscher Erzeugnisse, die entweder die hohen Zölle auf deutschen, oder die hohen Frachten auf spanischen Fahrzeugen nicht tragen können, gänzlich vom Handel dahin ausgeschlossen bleiben. Deutsche Schiffe müssen daher gewöhnlich in Ballast nach Kuba fahren, und können nur dann, wenn mehr Produkte vorhanden sind, als die in Kuba anwesenden spanischen Schiffe zu laden vermögen, auf eine einigermaaßen lohnende Retourfracht rechnen.

Unser Verhältniß zu Holland ist zur Genüge bekannt. Holland bringt mit seinen eigenen Schiffen den großen Produktenreichthum Javas nach holländischen Häfen, setzt ihn von da an Deutschland ab, und nimmt uns durch seine engherzige Politik, die es Java gegenüber befolgt, alle Aussicht, je etwas von Bedeutung als Gegensatz dahin abzusetzen. Je mehr sich daher unser Handel mit den Produkten der holländischen Kolonien ausdehnt, in demselben Maaße wird er die amerikanischen Erzeugnisse verdrängen, in demselben Maaße auch den Handel nach Amerika, der auf gegenseitigen Tausch begründet ist, beschränken und der Entwickelung unserer Schifffahrt und Industrie hemmend in den Weg treten.

Auf ähnliche Weise wird der deutsche Handel durch die Zollgesetzgebung Belgiens beschränkt. Belgien, so industriös es sonst ist, hat nur sehr wenig Schiffe, und bedient sich zu seinem Verkehr größtentheils fremder Fahrzeuge. Fremde Schifffahrt wird daher dort begünstigt und geschieht es, wie schon oben bemerkt, hauptsächlich dadurch, daß es Unterscheidungszölle zu Gunsten direkter Einfuhren und zu Gunsten der Einfuhren aus außereuropäischen Häfen geschaffen, eine Maaßregel, die von den Engländern, zum Nachtheile Deutschlands auf alle mögliche Weise ausgebeutet wird.

In den übrigen Ländern, als Frankreich, Portugal, Neapel, Toskana rc. ist die deutsche Flagge, wie aus den angeführten Bestimmungen klar hervorgeht, ebenfalls ganz oder theilweise ausgeschlossen und wenn wir die nachtheiligen Folgen dieser Ausschließung nicht in dem Maaße spüren, als dies bei England, Spanien, Holland und Belgien der Fall ist, so tragen die Schifffahrtsgesetze der betreffenden Länder nicht die Schuld, sondern es kommt allein daher, daß unser Handel dahin nicht von gleich großer Bedeutung ist.

So lange diese Bedrückungen fortbestehen, ist an eine blühende eigene Schifffahrt nicht zu denken, sie zu beseitigen muß daher unsere erste Sorge sein; dies verlangt das Interesse unserer Rhederei, dies verlangt das Interesse unserer Industrie, dies verlangt unsere deutsche Ehre.

Das Wie? ist nicht so schwer, als man sich einbildet.

Man lege der Flagge einer jeden fremden Nazion diejenigen Beschränkungen auf, die sie der deutschen Flagge auflegt, und entferne sie erst dann wieder, wenn derselben gleiche Rechte mit der eigenen eingeräumt sind, und Referent ist fest überzeugt, daß in kurzer Zeit alle Schranken fallen werden und die Schifffahrt überall frei sein wird; das einzige Mittel, um der deutschen Rhederei Gelegenheit zu bieten, diejenige Stufe einzunehmen, die ihr schon wegen der Größe des deutschen Handels mit Recht gebührt. Der Gedanke an ein deutsches Schifffahrtsgesetz mit Unterscheidungszöllen ist übrigens nicht eine Frucht der Neuzeit, er ist in den letzten Jahren von vielen Seiten her angeregt, vor drei Jahren in einer Denkschrift des preußischen Handelsamtes kräftig befürwortet, in vielen deutschen Kammern auf das Lebhafteste unterstützt worden. Auch im preußischen Herrenhause wurde diese Idee mit Beifall begrüßt, und fanden die meisten Redner darin das beste Mittel die Nordseestaaten zu dem Anschlusse an den Zoll-Verein zu bewegen, den mittelbaren Verkehr mit den überseeischen Erzeugungsländern zu befördern und so deutschen Handel und deutsche Schifffahrt zu heben.

Die Vorschläge für die Errichtung eines deutschen Schifffahrts- und Handels-Vereins, die später von der preußischen Regierung ausgingen, wurden bei den Regierungen von Hannover, Oldenburg, Bremen und Hamburg der Gegenstand genauer Erörterungen und sie wurden auch allseitig günstig aufgenommen, nur der Hamburger Staat war ihnen abgeneigt, und fand später einige Unterstützung durch einige Ostseehäfen.

Dieser Umstand ist wichtig und verdient eine nähere Beleuchtung, denn wie können so abweichende Ansichten, wie sie von unseren beiden Haupt-Handelsplätzen Hamburg und Bremen ausgesprochen werden, nur möglich sein, wenn die Vortheile der Differenzialzölle so klar auf der Hand liegen?

Bei Beantwortung dieser Frage muß man nur die ganz verschiedenen Standpunkte ins Auge fassen, wovon beide Städte ausgegangen sind und der Widerspruch wird sich von selbst lösen.

Bremen geht vom deutschen, Hamburg vom rein Hamburgschen Standpunkte aus.

Bremen betrachtet sich als deutscher Hafen; es sieht in dem Gedeihen, in der Kräftigung Deutschlands das Mittel zu seiner eigenen Größe. — Hamburg dagegen denkt nur an sich. — Es ist zufrieden mit dem Handel den es jetzt hat, es will nicht mehr; es will seinen gegenwärtigen Zustand nicht mit einem neuen vertauschen. Daß deutsche Schiffe nach England, Frankreich, Holland, Spanien, Portugal, den italienischen Staaten nur deutsche Erzeugnisse und auch diese häufig nur unter großen Erschwerungen, einführen können, daß in den überseeischen Besitzungen jener Mächte die deutsche Flagge mit ungeheueren Differenzialzöllen belastet, häufig sogar ausgeschlossen ist, dies Alles ist ihm gleich, es fühlt sich nicht empört darüber. Es vergißt, im Gefühle seiner Behaglichkeit, alle Verkümmerungen deutscher Schifffahrt im europäischen, ostindischen, afrikanischen und amerikanischen Handel, es denkt nicht an

die wehr- und schutzlose Lage unserer Kaufleute und Schiffer in der Fremde, es entblödet sich sogar nicht diese Bedrückung unseres Handels das deutsche System der Freiheit zu nennen, es der Nazion als Kleinod anzuempfehlen.

Von gleichen Beweggründen mögen die Ostseehäfen bei Beurtheilung dieser Frage ausgegangen sein. Sie befinden sich in ihrer jetzigen Lage ebenfalls wohl, sie sind Stapelplätze für weite Kreise, Hauptplätze eines gewinnreichen Vor- und Zwischen-Handels geworden und mistrauen daher jeder Veränderung, sind abhold jeder Umgestaltung, die sie in ihren alten Gewohnheiten stören, ja sogar nöthigen könnte in ein ganz neues Geleise überzugehen.

Aus diesem Grunde werden auch diese Ansichten in Hamburg und den Ostseehäfen nicht von Allen getheilt, wir stoßen auch auf Stimmen [illegible] hier nur an den Vaterstädtischen Verein in Hamburg, der sich ebenso klar als entschieden für Einführung von Differenzialzöllen ausspricht.

Ein Jeder der deutsch fühlt und denkt, der muß zugestehen, daß in den Erschwernissen die unserer Flagge von fast allen Nazionen aufgebürdet werden, ein Schimpf für Deutschland liegt, er muß nach besten Kräften streben, diesen Schimpf zu entfernen, er muß darnach trachten unserem Vaterlande eine Achtung gebietende Stellung zu verschaffen. Dieses Ziel werden wir erreichen, wenn wir unsere zeitherige unterwürfige Stellung mit einer der deutschen Nazion viel besser anstehenden, gebieterischen, unsere Unschlüssigkeit mit Selbstgefühl vertauschen. Denn nur wer sich selbst achtet, kann auf die Achtung Anderer Anspruch machen.

Die Erfahrung lehrt auch hier wieder die Richtigkeit dieser Behauptung, denn alle diejenigen Länder, welche Beschränkungen durch Beschränkungen erwidern, haben deren Aufhebung erzwungen und völlige Gegenseitigkeit herbeigeführt. Nordamerika, welches **1787** der englischen Navigazionsakte eine amerikanische entgegen hielt, erzielte dadurch **1815** einen auf Gegenseitigkeit gegründeten Schifffahrtsvertrag, Rußland erzwang durch seinen Schifffahrtsukas günstige Verträge mit Frankreich und Holland, mit demselben Lande schloß das kleine Belgien, vermöge seiner Unterscheidungszölle ein freundschaftliches Bündniß.

Die Denkschrift des Breslauer Kaufmannsstandes, die derselbe im Oktober **1847** an das preußische Finanzministerium überreichte, und die in einem ganz entschiedenen Tone abgefaßt ist, beweist, daß auch das Inland die Nothwendigkeit der Einführung eines Schutzzollsystems anerkennt.

Dieselbe stellt an die Spitze den Satz, daß Freiheit des Handels und Verkehrs erstrebt werden müsse, sie spricht die Ueberzeugung aus, daß die Freiheit die jetzt der Zollverein gewährt, nicht vortheilhaft für ihn sei, daß zu der Verwirklichung dieses Prinzips erst zurückgekehrt werden müsse, wenn der Zollverband nach Innen und Außen stark geworden, daß man diese Erstarkung aber erst von der Annahme eines verständig geschaffenen und konsequent durchgeführten Differenzialzollsystems mit Bestimmtheit erwarten könne, indem nur dadurch der Hinzutritt der deutschen Nordseestaaten, der Wegfall der Hindernisse, die fast alle größeren Handeltreibenden Nazionen unserem Verkehr in den Weg gelegt haben, und dadurch wieder ein größerer Aufschwung der fabrizirenden und produzirenden Thätigkeit, für welche Deutschland eine so breite Basis darbietet, bewirkt werden könne.

Die Retorsionen die Deutschland von den in Nachtheil kommenden Nazionen bei Einführung von Unterscheidungszöllen zu erwarten habe, und die England unserem Streben für solche als Schreckbild entgegenhält, fürchtet diese Denkschrift nicht, da die Erfahrung lehre, daß England weder gegen Frankreich, als es **1842** durch hohe Schutzzölle auf Leinen den englischen Interessen großen Abbruch that, noch gegen Nord-Amerika wegen Annahme des hohen Schutzzolltarifs **1841**, noch gegen Belgien, wegen dessen Differenzialsystems vom Jahre **1845**, noch gegen Spanien, einige italienische Staaten und Schweden, welche gleiche Maaßregeln zur Schonung ihres Handels und ihrer Schifffahrt adoptirten, Repressalien geübt habe. Am wenigsten habe dies Deutschland zu fürchten, denn was es an Fabrikaten einführe, könne es unter gegebenen Bedingungen selbst fabriziren und für das was es an Produkten und Rohmaterialien bedürfe, böten sich ihm viele konkurrirende Märkte, während das was England und Holland von uns beziehe, von diesen Ländern nicht hervorgebracht noch anders woher billiger beschafft werden könne.

Die Denkschrift verbreitet sich dann über die Vortheile, die unserer Industrie aus Differenzialzöllen erwachsen würde, sie weist nach, wie groß die Wirkung einer eigenen Rhederei auf den Absatz unserer Industrieerzeugnisse in's Ausland sei, und wie bei der jetzigen Politik die Konsumzionsfähigkeit Deutschlands in der Hauptsache nur dem englischen Handel und der englischen Industrie gedient und unserem gefährlichsten Rival zur Erlangung stets wachsender Größe behilflich gewesen ist; sie macht ferner auf den Nutzen aufmerksam, den unsere Fabrikazion aus der Schaffung großer und naher Kontinental-Märkte für den Ankauf des Fabrikmaterials erwachsen würde; weist nach, wie diese durch Einführung von Differenzialzöllen zu ermöglichen seien, und schließt endlich mit dem wahren Satze:

Nur die Industrie, im Bunde mit dem Handel, ist im Stande, die Konsumzionsfähigkeit Deutschlands in dem Grade zu steigern, daß dessen Bewohner, ähnlich wie dies in England der Fall ist, die besten Abnehmer des Landmannes sind und Konsumenten außerhalb nicht gesucht zu werden brauchen.

Briefliche Mittheilungen

und Auszüge aus Zeitungen.

Erklärung. Leipzig im Januar. In Nr. 4. des gegenwärtigen Jahrganges dieses Blattes hat der geehrte Herausgeber den neuerlich von mir verfaßten „Entwurf einer Gewerbeordnung für Deutschland" einer Beurtheilung unterworfen. Kann ich demselben für die Art und Weise, wie er, als ein Nichtmeinungsgenosse diese Rezension bewirkt, nur dankbar sein, so glaube ich doch gegen einen darin eingeschlichenen Irrthum Folgendes erklären zu müssen.

Ich habe in der Vorrede zu gedachter Schrift nicht gesagt, daß die Nennung meines Charakters als Jurist es außer Zweifel setze, ob ich für Gewerbefreiheit oder Zunftwesen, für Handelsfreiheit oder Schutzzölle reden werde. Vielmehr habe ich als Gegengewicht gegen den, dem Gelehrten oft gemachten Vorwurf der theoretisch-unpraktischen Ansichten gerade mir als einem Nichtfachmanne den Vorzug der Unpartheilichkeit vindizirt, und gesagt: meine Betrachtung habe vor der eines Fachmannes mindestens das voraus, daß sie den Leser nicht schon durch Nennung des Charakters ihres Verfassers außer Zweifel setze, ob sie für Gewerbefreiheit oder Innungszwang, für Handelsfreiheit oder Schutzzölle reden werde, welche Fragen leider bei dem Egoismus unserer Zeit je nach der Autorschaft eines Kaufmanns oder eines Gewerbtreibenden beinahe ein- für allemal beantwortet seien.

Ich erlaube mir diese Berichtigung namentlich deshalb, um mich gegen die Meinung zu schützen, als wolle ich sofortige Einführung unbedingter Handelsfreiheit.

Ich will Gewerbefreiheit, und halte diese nicht allein für sogleich einführbar, sondern für das einzige Heilmittel für unsere gewerblichen Zustände. Ich will auch Handelsfreiheit; aber diese nur als das Prinzip, welches allem Schutze als Ziel vorschweben, und zu dessen Verwirklichung wir durch alle Zolltarife näher und näher gerückt werden müssen. Ich bin aber ebensoweit entfernt, durch eine plötzliche Oeffnung aller Zollschranken bei uns lebensfähige Industriezweige vernichtet sehen zu wollen, als ich andererseits dem Schutzsysteme Feind bin, welches lebensunfähigen Industrien auf Kosten aller Staatsbürger ein Leben zu erzwingen strebt, oder lebensfähige, wiederum zum Nachtheile der Allgemeinheit, nur einzuschläfern und es nur dahin zu bringen geeignet ist, daß ein und dieselbe Industrie, statt jährlich geringern Schutzes zu bedürfen, einen jährlich höhern fordern wird, um die Rückschritte ihres Betriebes mit den Fortschritten des ausländischen Gewerbes konkurriren zu machen.

Dr. Heinrich Meißner.

Hierzu eine **literarische Beilage** von der **Ernst'schen Buchhandlung** in **Quedlinburg**.

Verlag von **Robert Bamberg**. Leipzig und Chemnitz. Druck von **Oskar Leiner** in Leipzig.